

1 FÜR EINE BÜRGERGERECHTE UND ZUKUNFTSWEISENDE PARLAMENTSREFORM

2

3 **Wir, die Antragssteller, appellieren an alle Abgeordneten der SPD-Fraktion im Berliner**
4 **Abgeordnetenhaus, wesentliche Punkte der Parlamentsreform in der zurzeit bekannten**
5 **Form nicht zu unterstützen.**

6 **Wir, die Antragssteller, bedauern außerdem ausdrücklich und zutiefst, dass die**
7 **Verhandlung dieser Reform gänzlich hinter verschlossenen Türen stattfand und dass die**
8 **Abstimmungstermine so gesetzt wurden, dass keine Diskussion der Reform in den**
9 **außerparlamentarischen Parteigremien möglich war.**

10 Wir beziehen uns auf den Entwurf des Landesabgeordnetengesetzes vom 4. November 2013.

11

12 **Im Einzelnen bemängeln wir folgende Punkte:**

13

14 **A) Amtsausstattung der Abgeordneten**

15 1) Es ist nicht ersichtlich, weshalb die monatliche, steuerfreie, Kostenpauschale pro
16 Abgeordnete um ca. 150% von 995 Euro auf 2.500 Euro zu steigen hätte. Deshalb fordern wir
17 ein Verzicht auf diese jährliche Mehrbelastung in Höhe von 2,7 Millionen Euro.

18 2) Ein Bürgerbüro mag in geographisch größeren Bundesländern, wo die Entfernungen von
19 Teilen der Bevölkerung zum Regierungssitz tatsächlich groß sind, Sinn machen. In Berlin
20 ergibt die Einrichtung eines Bürgerbüros für jeden der 149 Abgeordneten, der den Antrag
21 stellt, keinen nachvollziehbaren Vorteil, belastet aber in hohem Maße und über Jahrzehnte
22 hinweg ein schon überstrapaziertes Budget. Es ist deshalb eine sachlich nicht sinnvolle und
23 politisch unvermittelbare Maßnahme, die von Sozialdemokraten nicht vertretbar sein kann.

24 Bürgersprechstunden können weiterhin bürgernah genauso gut in öffentlichen
25 Einrichtungen, Gaststätten oder Ähnlichem stattfinden. Termine der Abgeordneten können
26 außerdem genauso gut und funktionsgerecht im Abgeordnetenhaus stattfinden.

27 Deshalb fordern wir einen grundsätzlichen Verzicht auf eine Erhöhung dieser
28 Kostenpauschale in Höhe von etwa 1,3 Millionen Euro pro Jahr (bei 750 Euro Monatsmiete
29 für jeden der 149 Abgeordneten).

30 3) Durch einen Verzicht auf die Errichtung von Bürgerbüros fielen die Kosten für die dazu
31 gehörige Büroausstattung gänzlich weg, was zu einer weiteren Entlastung in Höhe von
32 745.000 Euro pro Legislaturperiode führen würde.

33 4) Wir fordern für die nächste Legislaturperiode, dass das Teilzeitparlament durch ein
34 Vollzeitparlament ersetzt wird. Das jetzige Modell eines Teilzeitparlaments ist weder

35 zeitgemäß noch zukunftsfähig, denn diese Organisationsform schränkt die Effizienz der
36 Abgeordneten maßgeblich ein. Die meisten Abgeordneten widmen sich in der Tat deshalb
37 ohnehin schon gänzlich ihrer Abgeordnetentätigkeit. Diesem Umstand muss Rechnung
38 getragen werden.

39 Gleichzeitig fordern wir die Anzahl der Abgeordneten zu halbieren und folglich die
40 Mehrarbeit der Abgeordneten entsprechend zu honorieren. Dies sollte durch Anhebung der
41 Diäten auf Brandenburger Niveau (zurzeit 4500,- Euro) erfolgen.

42 Das Jahresgehalt aller Parlamentarier belastet zurzeit das Budget mit jährlich 6,8 Millionen
43 Euro. Ein halbiertes Vollzeitparlament mit Diäten in Höhe von 4500,- Euro würde eine
44 Entlastung von etwa 2,8 Millionen zzgl. Nebenkosten pro Jahr bedeuten.

45 Außerdem würde sich durch Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten der Platzmangel im
46 Abgeordnetenhaus erübrigen und somit die angebliche Notwendigkeit Bürgerbüros
47 einzurichten, womit weitere Ersparnisse erzielt werden könnten.

48

49 **B) Senat**

50 Wir fordern einen Verzicht auf die geplante Erhöhung der Anzahl der Senatorenposten von
51 acht auf zehn denn bei unveränderter Sachlage ist es nicht ersichtlich, weshalb eine
52 derartige Personalaufstockung stattzufinden hätte.

53 Wir fordern eine kritische und konsequente Überprüfung der Notwendigkeit für den Senat
54 23 Staatssekretäre zu beschäftigen, denn das sind mehr als in jedem anderen Bundesland.
55 Das sind außerdem vier Posten mehr als vorher unter „Rot-Rot“, ohne dass die
56 Aufgabenfelder sich grundsätzlich verändert hätten. In NRW dem bevölkerungsreichsten
57 Bundesland wird die Verwaltungsarbeit von 15 Staatssekretären erledigt und im Saarland
58 sind es nur acht.

59 Begründung: „Rechnungshof-Präsidentin Marion Claßen-Beblo erinnerte bei der
60 Präsentation des Berichts daran, dass die große Koalition nach ihrem Zustandekommen im
61 Dezember 2011 die Anzahl der Staatssekretäre von 19 auf 23 erhöht hat. Dabei seien teils
62 groteske Missverhältnisse entstanden. So beanspruchte das der Justizverwaltung
63 zugeordnete Teilressort Verbraucherschutz einen eigenen Staatssekretärsposten, obwohl es
64 nur 21 Beschäftigte habe“, schrieb die Berliner Zeitung (28.05.2013). Dem Rechnungshof
65 zufolge „könnte Berlin auf bis zu zehn Staatssekretäre verzichten“ (vgl. Potsdamer Neuesten
66 Nachrichten vom 28.05.2013) und dadurch jeweils die jährliche Budgetbelastung für einen
67 einzigen Staatssekretär von etwa 1 Million Euro (vgl. B.Z. vom 02.02.2012) einsparen.

68 **Als Sozialdemokraten wollen wir unseren Grundwerten treu bleiben. Wir wollen**
69 **besonders der gesamten Gesellschaft und den Bürgern dienen. Wir verwehren uns deshalb**
70 **mit größtem Nachdruck dagegen, dass der Eindruck unter den Bürgern entstehen könnte,**
71 **dass Ämter nach versorgungspolitischen Kriterien und nicht nach verwaltungstechnischer**

72 **Notwendigkeit verteilt bzw. finanziert werden, besonders wenn diese Gestaltungsmittel**
73 **an anderen Stellen (Kita, Schulen, Bezirksämtern, sowie öffentlichen und sozialen**
74 **Einrichtungen etc.) bitter nötig sind.**

75 Ungeachtet der an der geplanten Parlamentsreform hier geäußerten Kritik, befürworten wir
76 die anderen Punkte der Reform.

77

78 **Begründung des Antrages**

79 Um 1990 lagen die Berliner Schulden bei umgerechnet etwa 10 Milliarden Euro. Heute hat
80 die Stadt schon 63 Milliarden Euro Schulden und Zinszahlungen von 2,2 Milliarden Euro
81 jährlich zu leisten. Hinzu kommen aber de facto auch die kumulierten Pensionslasten, die
82 zurzeit zwischen 66 und 69 Milliarden Euro betragen (vgl. Berliner Morgenpost 02.01.2012).

83 Die Verwaltung und die öffentlichen Einrichtungen sind seit über 20 Jahren unterfinanziert.
84 Der Anteil der Hartz-IV-Empfänger an der Bevölkerung in der Hauptstadt liegt nach Angaben
85 der Bundesagentur für Arbeit zurzeit bei 17%. Jedes 3. Kind wächst folglich in einem „Hartz-
86 IV Haushalt“ auf. Die Berliner Tafel versorgt täglich schon 125.000 Menschen.

87 Es kommen außerdem weitere schwere Zeiten auf die Stadt zu. Aufgrund der neuesten
88 Zensus-Erhebung und des daraufhin veränderten Finanzausgleichsschlüssels müsse sich
89 Berlin laut Berechnung der Finanzverwaltung auf Mindereinnahmen von einer halben
90 Milliarde Euro pro Jahr einstellen (vgl. Pressemitteilung Nr. 13-024 vom 08.11.2013). Dabei
91 wird fast ein Drittel des Berliner Haushalts (von zurzeit etwa 16,4 Milliarden Euro) über den
92 Finanzausgleich bestritten (vgl. Pressemitteilung Nr. 13-024 vom 08.11.2013). Die neueste
93 Kostenberechnung für den Flughafen geht gleichzeitig von einem Finanzbedarf von 6
94 Milliarden Euro anstatt der angepeilten 1,7 Milliarden (vgl. FAZ 01.11.2013) aus. Das
95 geplante Auslaufen des Solidarpaktes und die baldige Einführung der Schuldenbremse sind
96 weitere Hypothesen für die Zukunft. Die gegenwärtigen Mehreinnahmen vermögen indes die
97 strukturellen Defizite nicht zu kompensieren. Vermeidbare Mehrausgaben sind in diesem
98 Kontext nicht an der Tagesordnung!

99 **Es ist unsere moralische und politische Pflicht als Sozialdemokraten stets dafür Sorge zu**
100 **tragen, dass zukunftsweisende und sachlich fundierte Lösungen ihren Weg in die**
101 **Entscheidungsgremien finden.**

102 **In solchen Zeiten sind außerdem Demut und Respekt für die Nöte der Bürger unerlässlich.**
103 **Dazu gehören auch finanzielle Zurückhaltung seitens der politischen Entscheidungsträger.**

104 **Deshalb bitten wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen, diesen Antrag zu unterstützen.**

105

106 **Antragssteller: Laurent Joachim und Andreas R., SPD Berlin, Pankow, Abt. 12.,**
107 **(06.12.2013)**